



Geschäftsverteilungsplan

- Rechtsprechung -

des

Finanzgerichts Berlin-Brandenburg

ab dem 01. April 2026

Beschluss des Präsidiums
vom 8. Dezember 2025

1a. Zuweisung zu den Senaten

1. Senat

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am Finanzgericht	Keil-Schelenz
Vertreterin:	Richterin am Finanzgericht	Borkowski
Weitere Mitglieder:	Richterin am Finanzgericht ¹	Seeger

Arbeitsgebiete:

1. Klagen und Anträge gegen

- a) die Hauptzollämter
Berlin
Potsdam
Frankfurt (Oder)

einschließlich der Verfahren betreffend Haftung

- b) das Bundesministerium der Finanzen, soweit Zölle, Finanzmonopole, Verbrauchsteuern (in der Verwaltung der Finanzbehörden des Bundes), Angelegenheiten der Gemeinsamen Marktorganisation der Europäischen Union oder sonstige Angelegenheiten betroffen sind, die der Zollverwaltung aufgrund von Rechtsvorschriften übertragen worden sind.

Von der Regelung in Nr. 1 ausgenommen sind die Verfahren betreffend Kraftfahrzeugsteuer, die dem 8. Senat zugewiesen sind.

2. Verfahren betreffend Kindergeld gemäß der Bestimmung unter 1c

3. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen

Charlottenburg
Treptow-Köpenick (Eingänge ab 01.01.2025)
Wilmsdorf (Eingänge vom 01.12.2019 bis 30.09.2020)

Die Zuweisung gilt hinsichtlich der Verfahren betreffend das Finanzamt Wilmsdorf einschließlich der dazugehörenden Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, selbst wenn diese nach dem 30.09.2020 eingegangen sind sowie einschließlich der ruhenden und ausgesetzten Verfahren und im Übrigen nur dann, soweit zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des Präsidiums am 15.12.2020 nicht bereits mündliche Verhandlungen oder Erörterungstermine anstanden oder bereits durchgeführt waren. In diesem Fall verbleibt es für die betreffenden Verfahren bei der Zuständigkeit des ursprünglich zuständigen Senats laut Geschäftsverteilungsplan zum 01.10.2020.

Die Zuweisung gilt ferner nur dann, soweit nicht die Sonderzuweisung an den 5. Senat (dort unter Nr. 9) oder an den 17. Senat (dort unter Nr. 8) eingreift.

¹ Richterin kraft Auftrags

2. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Finanzgericht	Klammer
Vertreter:	Richter am Finanzgericht	Dr. Hartman
Weitere Mitglieder:	Richterin am Finanzgericht	Dr. Dombrowsky, LL.M. ²

Arbeitsgebiete:

1. Verfahren betreffend Umsatzsteuer gegen die Finanzämter

Angermünde
Brandenburg (Eingänge vom 01.01.2012 bis 31.12.2024)
Calau
Cottbus (Eingänge ab 01.01.2017)
Frankfurt (Oder) (Eingänge ab 01.01.2026)
Friedrichshain-Kreuzberg (Eingänge bis 31.12.2024)
Körperschaften I
Kyritz
Lichtenberg
Luckenwalde (Eingänge ab 01.01.2012)
Mitte/Tiergarten
Nauen (Eingänge vom 01.01.2017 bis 31.12.2025)
Neukölln (Eingänge ab 01.01.2017)
Prenzlauer Berg
Tempelhof (Eingänge vom 01.01.2015 bis 31.12.2025)
Treptow – Köpenick (Eingänge ab 01.01.2015)
Wedding
Zehlendorf (Eingänge vom 01.01.2015 bis 31.12.2024)

2. Verfahren betreffend Kindergeld

gemäß der Bestimmung unter Ic und soweit keine Sonderzuweisung an den 16. Senat vorliegt

3. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen und soweit keine Sonderzuweisung an den 16. Senat vorliegt:

Frankfurt (Oder) (Eingänge ab 01.01.2024)
Mitte-Tiergarten (Eingänge ab 01.01.2025)
Zehlendorf (Eingänge bis 31.12.2019)

² Mit 60 % ihrer Arbeitskraft bei Vorrang der Tätigkeit im 2. Senat

3. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Finanzgericht	Möller³
Vertreter:	Richter am Finanzgericht	Dr. Schumann
Weitere Mitglieder:	Richter am Finanzgericht ⁴	Bock

Arbeitsgebiete:

1. Verfahren betreffend Feststellung der Grundbesitzwerte nach dem 4., 6. und 7. Abschnitt des Zweiten Teils des BewG, Einheitsbewertung Grundvermögen einschließlich der Bewertung von Betriebsvermögen im Sinne des § 99 BewG, Grundsteuermessbescheide, Grundsteuer gegen die Finanzämter

Charlottenburg (Eingänge ab dem 01.01.2024)

Lichtenberg

Marzahn-Hellersdorf

Mitte/Tiergarten

Neukölln

Pankow/Weißensee

Prenzlauer Berg

Reinickendorf

Schöneberg

Spandau

Steglitz

Tempelhof

Treptow/Köpenick

Wedding

Wilmerdorf

Zehlendorf

2. Verfahren betreffend Arbeitnehmersparzulage, Wohnungsbauprämie, Sparprämie
3. Verfahren betreffend Kindergeld
gemäß der Bestimmung unter Ic
4. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen:

Nauen (Eingänge vom 01.01.2024 bis 31.12.2024)

Steglitz

Zu etwa verbleibenden Zuständigkeiten wird auf die beim 15. und 16. Senat wiedergegebene Zuständigkeitsregelung verwiesen.

³ Mit 70 % seiner Arbeitskraft gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 BbgRiG

⁴ Richter kraft Auftrags

4. Senat

Vorsitzende:	Vorsitzender Richter am Finanzgericht	Dr. Tiede
Vertreter:	Richter am Finanzgericht	Arndt
Weitere Mitglieder:	Richterin am Finanzgericht	Dr. Lachmann, LL.M. ⁵
	Richter am Finanzgericht	Dr. Gerten ⁶

Arbeitsgebiete:

1. Verfahren betreffend Kindergeld:
gemäß der Bestimmung unter Ic
2. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen:

Luckenwalde (Eingänge ab 01.01.2020)
Pankow/Weißensee
Prenzlauer Berg
Wedding (Eingänge vom 01.01.2024 bis 31.12.2024)
3. Verfahren betreffend Haftung Dritter nach §§ 69 - 75 AO, § 191 Abs. 4 AO in Verbindung mit §§ 427, 421 BGB, §§ 124, 128 HGB, § 25 HGB, § 419 BGB sowie Haftung nach § 42d EStG und damit verbundene Verfahren betreffend Nachforderungsbescheide über Lohnsteuer gegen die Finanzämter

Königs Wusterhausen (Eingänge vom 01.07.2013 bis 31.12.2023)
Körperschaften I (Eingänge vom 01.07.2013 bis 31.12.2023)
Körperschaften IV (Eingänge vom 01.01.2014 bis 31.12.2023)
Luckenwalde (Eingänge vom 01.07.2013 bis 31.12.2023)
4. Verfahren betreffend Körperschaftsteuer gegen die Finanzämter
Angermünde (Eingänge vom 01.01.2013 bis 31.12.2023)
Brandenburg (Eingänge vom 01.01.2013 bis 31.12.2023)
Eberswalde (Eingänge vom 01.01.2013 bis 31.12.2023)
Frankfurt (Oder) (Eingänge vom 01.01.2013 bis 31.12.2023)
Königs Wusterhausen (Eingänge vom 01.01.2013 bis 31.12.2023)
Luckenwalde (Eingänge vom 01.01.2013 bis 31.12.2019)
Nauen (Eingänge vom 01.01.2013 bis 31.12.2023)
Potsdam (Eingänge vom 01.01.2013 bis 31.12.2019)
5. Verfahren betreffend
Amtsentbindung ehrenamtlicher Richter
Wahlanfechtungen gemäß §§ 21b Abs. 6 GVG, 4 FGO
6. Verfahren aus dem Dezernat des Richters Dr. Gerten im 16. Senat, die bis zum 25.04.2023 bereits dem Einzelrichter übertragen waren, sowie diejenigen Verfahren, die nicht zur Spezialzuständigkeit des 16. Senats gehören und in denen zum 25.04.2023 bereits ein Erörterungstermin vor dem Berichterstatter stattgefunden hat oder zu einem solchen geladen ist.

⁵ Mit 30 % ihrer Arbeitskraft bei Vorrang der Tätigkeit im 17. Senat

⁶ Abgeordnet an das Bundesverfassungsgericht.

Die Zuweisungen zu 2. und 4. betreffend das Finanzamt Prenzlauer Berg und die Verfahren betreffend Körperschaftsteuer gelten für die bis zum 31.12.2023 eingegangenen Verfahren mit Ausnahme derjenigen Verfahren, die vor dem 27.11.2023 (Beschlussfassung durch das Präsidium) in dem abgebenden 2. oder 10. Senat oder in einem anderen Senat, in dem die Verfahren zuvor anhängig waren, zu einer mündlichen Verhandlung oder einem sonstigen Termin (auch Erörterungstermin oder Termin zur Augenscheinseinnahme) geladen waren oder sind.

5. Senat

Vorsitzender:	Präsident des Finanzgerichts	Prof. Dr. Stapperfend
Vertreter:	Richter am Finanzgericht	Mast
Weitere Mitglieder:	Richterin	Dr. Gomoll

Arbeitsgebiete:

1. Verfahren betreffend Umsatzsteuer gegen die Finanzämter
 - Berlin International (Eingänge ab 01.12.2023)
 - Brandenburg (Eingänge ab 01.01.2025)
 - Charlottenburg (Eingänge ab 01.01.2012)
 - Cottbus (Eingänge bis zum 31.12.2016)
 - Frankfurt (Oder) (Eingänge bis zum 31.12.2025)
 - Friedrichshain-Kreuzberg (Eingänge ab 01.01.2025)
 - Körperschaften II
 - Körperschaften IV (Eingänge ab 01.01.2023)
 - Nauen (Eingänge bis 31.12.2016 und ab 01.01.2026)
 - Neukölln (Eingänge bis 31.12.2016)
 - Oranienburg (Eingänge bis 31.12.2016)
 - Pankow/Weißensee
 - Potsdam (Eingänge ab 01.01.2017)
 - Spandau (Eingänge bis 31.12.2025)
 - Steglitz
 - Tempelhof (Eingänge ab 01.01.2026)
 - Wilmerdorf
 - Zehlendorf (Eingänge ab 01.01.2025)
2. Verfahren betreffend Übernachtungssteuer
3. Verfahren betreffend Kindergeld
gemäß der Bestimmung unter Ic
4. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen:
 - Potsdam (Eingänge ab 01.01.2016)
 - Spandau (Eingänge vom 01.08.2025 bis 31.12.2025)
5. Sachen, für die eine besondere Zuständigkeitsregelung nicht getroffen worden ist
- Aufangzuständigkeit (Eingänge ab 01.01.2013)
9. Alle Verfahren einschließlich der ruhenden, ausgesetzten oder bereits terminierten Verfahren, die am 31.01.2025 im Dezernat der Richterin Dr. Gomoll im 1. Senat anhängig waren und die nicht zur Spezialzuständigkeit des 1. Senats gehören.

6. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Finanzgericht	Rätke
Vertreter:	Richter am Finanzgericht	Hentschel
Weitere Mitglieder:	Richterin	Dr. Broekmann-Friese
	Richter	Weimann ⁷

Arbeitsgebiete.

1. Verfahren betreffend Körperschaftsteuer gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen:

Körperschaften IV (Eingänge ab 01.01.2023)
Oranienburg
Potsdam (Eingänge bis 31.12.2012)

2. Verfahren betreffend Vergnügungsteuer (Eingänge bis 31.12.2017)
3. Verfahren betreffend Kindergeld:
gemäß der Bestimmung unter Ic.

4. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen:

Königs Wusterhausen (Eingänge vom 01.01.2016 bis 31.12.2022), soweit sie nicht dem 5. Senat zugewiesen sind
Körperschaften IV (Eingänge ab 01.01.2021)
Oranienburg

Zu etwa verbleibenden Zuständigkeiten wird auf die beim 17. Senat wiedergegebene Zuständigkeitsregelung verwiesen.

⁷ Abgeordnet an das Ministerium der Justiz und für Digitalisierung des Landes Brandenburg

7. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Finanzgericht	Dr. Herbert
Vertreterin:	Richterin am Finanzgericht	Dr. Adamik
Weitere Mitglieder:	Richterin am Finanzgericht ⁸	Dr. Aplik

Arbeitsgebiete:

1. Verfahren betreffend Umsatzsteuer gegen die Finanzämter
 - Eberswalde (Eingänge ab 01.01.2017)
 - Königs Wusterhausen (Eingänge ab 01.01.2011)
 - Körperschaften III
 - Körperschaften IV (Eingänge bis 31.12.2022)
 - Marzahn-Hellersdorf (Eingänge ab 01.01.2012)
 - Oranienburg (Eingänge ab 01.01.2017)
 - Reinickendorf
 - Schöneberg
 - Spandau (Eingänge ab 01.01.2026)
 - Strausberg
2. Verfahren betreffend Kindergeld
gemäß der Bestimmung unter Ic.
3. Klagen und Anträge gegen das Finanzamt, soweit nicht besonders zugewiesen:
 - Spandau (Eingänge ab 01.01.2026)
 - Reinickendorf

⁸ Richterin kraft Auftrags

8. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Finanzgericht	Schwenkert
Vertreter:	Richter am Finanzgericht	Prof. Dr. Schober
Weitere Mitglieder:	Richterin am Finanzgericht	Klammer

Arbeitsgebiete:

1. Verfahren betreffend Körperschaftsteuer gegen die Finanzämter

Calau (Eingänge bis 31.12.2020)
Cottbus (Eingänge bis 31.12.2020)
Körperschaften I
Luckenwalde (Eingänge vom 01.01.2020 bis 31.12.2022)
Mitte/Tiergarten (Eingänge vom 01.01.2012 bis 31.12.2022), soweit diese nicht dem
17. Senat zugewiesen sind
Neukölln (Eingänge bis 31.12.2022)
Pankow/Weißensee (Eingänge bis 31.12.2022)
Potsdam (Eingänge vom 01.01.2020 bis 31.12.2022)
Reinickendorf (Eingänge bis 31.12.2022)
Schöneberg (Eingänge bis 31.12.2022)
Spandau (Eingänge bis 31.12.2022)
Steglitz (Eingänge bis 31.12.2022)
Tempelhof (Eingänge bis 31.12.2022)
Zehlendorf (Eingänge bis 31.12.2022)

2. Verfahren betreffend

Kraftfahrzeugsteuer
Rechtshilfeersuchen einschließlich solcher nach § 158 FGO
Rennwett-, Lotteriesteuer
Spielbankabgabe
Hundesteuer

3. Verfahren betreffend Kindergeld: gemäß der Bestimmung unter Ic)

4. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen:

Körperschaften I
Mitte/Tiergarten (Eingänge bis 31.12.2015), soweit diese nicht dem 17. Senat zuge-
wiesen sind
Strausberg (Eingänge vom 01.07.2013 bis 31.12.2017, soweit sie nicht dem
13. Senat [dort Ziff. 6.] zugeordnet worden sind)
Wedding (Eingänge vom 01.01.2020 bis 31.12.2022)

Die Zuweisung zu 4. betreffend das Finanzamt Wedding gilt für die vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2022 eingegangenen Verfahren mit Ausnahme derjenigen Verfahren, die vor dem 27.11.2023 (Beschlussfassung durch das Präsidium) in dem abgebenden 10. Senat oder in einem anderen Senat, in dem die Verfahren zuvor anhängig waren, zu einer mündlichen Verhandlung oder einem sonstigen Termin (auch Erörterungstermin oder Termin zur Augenscheinseinnahme) geladen waren oder sind.

10. Senat

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am Finanzgericht	Prof. Dr. Tiedchen
Vertreterin:	Richterin am Finanzgericht	Dr. Günther
Weitere Mitglieder:	Richter am Finanzgericht	Dr. Leibohm

Arbeitsgebiete:

1. Verfahren betreffend Körperschaftsteuer gegen die Finanzämter

Körperschaften II (Eingänge ab 01.01.2013)
Charlottenburg (Eingänge ab 01.01.2013)
Friedrichshain-Kreuzberg (Eingänge ab 01.01.2013)
Lichtenberg (Eingänge vom 01.01.2013 bis 31.12.2023)
Marzahn-Hellersdorf (Eingänge ab 01.01.2013)
Prenzlauer Berg (Eingänge ab 01.01.2013)

2. Verfahren betreffend Kindergeld:
gemäß der Bestimmung unter Ic.

3. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen:

Körperschaften II (Eingänge ab 01.01.2013)
Marzahn-Hellersdorf (Eingänge ab 01.01.2013)

Zu etwa verbleibenden Zuständigkeiten wird auf die beim 4., 8. und 13. Senat wiedergegebene Zuständigkeitsregelung verwiesen.

11. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Finanzgericht	Kolbe
Vertreter:	Richterin am Finanzgericht	Dr. Poschenrieder
Weitere Mitglieder:	Richterin	Scheurle

Arbeitsgebiete:

1. Verfahren betreffend Körperschaftsteuer gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen (insbesondere an den 4., den 9. und den 10. Senat):

Calau (Eingänge ab 01.01.2021)
Cottbus
Körperschaften III
Kyritz
Treprow-Köpenick
Wedding
Wilmsersdorf

2. Verfahren betreffend Kindergeld:

gemäß der Bestimmung unter Ic

3. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen (insbesondere an den 4. und den 10. Senat):

Calau (Eingänge ab 01.01.2021)
Cottbus (Eingänge vom 01.01.2021 bis 31.12.2024)
Eberswalde (Eingänge bis 31.12.2015)
Körperschaften III

Zu etwa verbleibenden Zuständigkeiten für das Finanzamt Friedrichshain/Kreuzberg hinsichtlich der Eingänge vom 01.01.2018 bis 31.12.2020 wird auf die beim 16. Senat wiedergegebene Zuständigkeitsregelung verwiesen.

12. Senat

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am Finanzgericht	Debus
Vertreterin:	Richterin am Finanzgericht	Fisch
Weitere Mitglieder:	Richterin am Finanzgericht	Pfeiffer

Arbeitsgebiete:

1. Verfahren betreffend
Grunderwerbsteuer (Eingänge ab 01.07.2013)
2. Verfahren betreffend § 32 i AO sowie Ansprüche nach der Datenschutzgrundverordnung und den Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzen von Bund und Ländern sowie sonstige Verfahren, in denen von einer Behörde Akteneinsicht verlangt wird (Eingänge ab 01.01.2024)
3. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen:
Treptow-Köpenick (Eingänge vom 01.07.2013 bis 31.12.2024)
Wilmsdorf (Eingänge vom 01.01.2015 bis 30.11.2019 und ab 01.10.2020)
4. Verfahren betreffend Kindergeld:
gemäß der Bestimmung unter Ic (Eingänge vom 01.07.2013 bis 31.12.2025)

Zu etwa verbleibenden Zuständigkeiten für das Finanzamt Wilmsdorf hinsichtlich der Eingänge vom 01.12.2019 bis 30.09.2020 wird auf die beim 1. Senat wiedergegebene Zuständigkeitsregelung verwiesen.

13. Senat

Vorsitzender:	Vizepräsident des Finanzgerichts	Schmittberg
Vertreterin:	Richterin am Finanzgericht	Herdemerten
Weitere Mitglieder:	Richterin am Finanzgericht	Kempe

Arbeitsgebiete, soweit nicht gesondert dem 14. Senat zugewiesen:

1. Verfahren betreffend Investitionszulage
2. Verfahren betreffend Angelegenheiten der steuerberatenden Berufe
3. Verfahren betreffend Vergnügungsteuer (Eingänge vom 01.01.2018 bis 31.12.2022, soweit nicht gesondert dem 17. Senat zugewiesen)
4. Verfahren betreffend das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung
5. Verfahren betreffend Kindergeld
gemäß der Bestimmung unter Ic.
6. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen:
 - Angermünde (Eingänge vom 01.01.2015 bis 31.12.2019)
 - Berlin International (Eingänge ab 01.12.2023)
 - Calau (Eingänge vom 01.01.2016 bis 31.12.2020)
 - Lichtenberg (Eingänge vom 01.01.2019 bis 31.12.2019)
 - Mitte-Tiergarten (Eingänge vom 01.01.2016 bis 31.12.2024)
 - Neukölln
 - Potsdam (Eingänge bis 31.12.2015)
 - Wedding (Eingänge vom 01.01.2018 bis 31.12.2019 und vom 01.01. bis 31.12.2023)

Die Zuweisung zu 6. betreffend das Finanzamt Wedding gilt für die vom 01.01. bis 31.12.2023 eingegangenen Verfahren mit Ausnahme derjenigen Verfahren, die vor dem 27.11.2023 (Beschlussfassung durch das Präsidium) in dem abgebenden 10. Senat oder in einem anderen Senat, in dem die Verfahren zuvor anhängig waren, zu einer mündlichen Verhandlung oder einem sonstigen Termin (auch Erörterungstermin oder Termin zur Augenscheinseinnahme) geladen waren oder sind.

14. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Finanzgericht	Dr. Bugge
Vertreterin:	Richterin am Finanzgericht	Holznapel
Weitere Mitglieder:	Richterin	Steinecke

Arbeitsgebiete:

1. Verfahren betreffend
Erbschaft- und Schenkungsteuer
Zweitwohnungsteuer
2. Verfahren betreffend Kindergeld:
gemäß der Bestimmung unter Ic.
3. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen:
Eberswalde (Eingänge ab 01.01.2019)
Lichtenberg (Eingänge 01.01.2016 bis 31.12.2018)
Schöneberg (Eingänge 01.01.2008 bis 31.12.2018 und ab 01.01.2024)
Wedding (Eingänge bis 31.12.2017)
Zehlendorf (Eingänge ab 01.01.2020)
4. Die am 31.12.2022 im Dezernat des Richters am Finanzgericht Klammer im 13. Senat anhängigen Verfahren mit Ausnahme der Verfahren betreffend Vergnügungsteuer sowie der bis zum 28.11.2022 im 13. Senat bereits zu einer mündlichen Verhandlung oder einem sonstigen Termin (z.B. Erörterungstermin oder Termin zur Augenscheinseinnahme) geladenen Verfahren, aber einschließlich der bis zu dem genannten Tag aus dem Dezernat des Richters geladenen Einzelrichtersachen
5. Die am 31.12.2023 im Dezernat des Richters am Finanzgericht Tiedge im 9. Senat anhängigen Verfahren, und zwar einschließlich der ruhenden, ausgesetzten und unterbrochenen Verfahren und einschließlich derjenigen in dem genannten Dezernat anhängigen Verfahren, die bereits zuvor im 9. Senat geladen worden waren

Die Zuweisung gilt hinsichtlich der Verfahren betreffend das Finanzamt Luckenwalde einschließlich der ruhenden und ausgesetzten Verfahren und im Übrigen nur dann, soweit zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des Präsidiums am 15.12.2020 nicht bereits mündliche Verhandlungen oder Erörterungstermine anstanden oder bereits durchgeführt waren. In diesem Fall verbleibt es für die betreffenden Verfahren bei der Zuständigkeit des ursprünglich zuständigen Senats laut Geschäftsverteilungsplan zum 01.10.2020.

Die Zuweisung gilt ferner nur dann, soweit nicht die Sonderzuweisung an den an den 16. Senat (dort unter Nr. 6) eingreift.

15. Senat

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am Finanzgericht	Stellmacher
Vertreter:	Richter am Finanzgericht	Goessl
Weitere Mitglieder:	Richterin am Finanzgericht	Baaske
	Richter am Finanzgericht	Dr. Hamacher ⁹

Arbeitsgebiete:

1. Klagen und Anträge gegen die Deutsche Rentenversicherung (Eingänge ab dem 01.01.2013 und ohne Kindergeld)
2. Verfahren betreffend Kindergeld:
gemäß der Bestimmung unter 1c.
3. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen
Cottbus (Eingänge ab 01.01.2025)
Kyritz (Eingänge ab 01.11.2019)
Nauen (Eingänge ab 01.01.2009 bis zum 31.12.2023)
Strausberg (Eingänge bis zum 30.06.2013 und ab 01.01.2018)

Die Zuweisung zu 3. betreffend das Finanzamt Nauen gilt für die bis zum 31.12.2023 eingegangenen Verfahren mit Ausnahme derjenigen Verfahren, die vor dem 27.11.2023 (Beschlussfassung durch das Präsidium) in dem abgebenden 3. Senat oder in einem anderen Senat, in dem die Verfahren zuvor anhängig waren, zu einer mündlichen Verhandlung oder einem sonstigen Termin (auch Erörterungstermin oder Termin zur Augenscheinseinnahme) geladen waren oder sind.

⁹ Abgeordnet an das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

16. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Finanzgericht	Weinschütz
Vertreter:	Richter am Finanzgericht	Craig
Weitere Mitglieder:	Richter am Finanzgericht	Dr. Sprick
	Richterin am Finanzgericht	Dr. Dombrowsky, LL.M. ¹⁰
	Richter am Finanzgericht	Tiedge ¹¹

Arbeitsgebiete:

1. Verfahren betreffend Feststellung der Grundbesitzwerte nach dem 4., 6. und 7. Abschnitt des Zweiten Teils des BewG, Einheitsbewertung Grundvermögen einschließlich der Bewertung von Betriebsvermögen im Sinne des § 99 BewG, Grundsteuermessbescheide, Grundsteuer gegen die Finanzämter

Angermünde
Brandenburg/Havel
Calau
Charlottenburg (Eingänge bis 31.12.2023)
Cottbus
Eberswalde
Frankfurt (Oder)
Friedrichshain-Kreuzberg
Königs Wusterhausen
Kyritz
Luckenwalde
Nauen
Oranienburg
Potsdam
Strausberg

2. Verfahren betreffend Kindergeld:
gemäß der Bestimmung unter Ic.
3. Alle Verfahren aus dem Dezernat von Herrn Richter am Finanzgericht Craig im 2. Senat zum Stichtag 31.12.2020, soweit nicht die Spezialzuständigkeit des 2. Senats betroffen ist, sowie aus der Spezialzuständigkeit des Senats diejenigen Verfahren, die zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des Präsidiums am 15.12.2020 bereits auf den Einzelrichter übertragen und terminiert sind.
4. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen
Finanzamt Friedrichshain/Kreuzberg (Eingänge ab 01.01.2018)
Spandau (Eingänge vom 01.01.2018 bis zum 31.07.2025)
5. Alle Verfahren aus dem Dezernat des Richters am Finanzgericht Tiedge im 14. Senat betreffend Haftung Dritter nach §§ 69 - 75 AO, § 191 Abs. 4 AO in Verbindung mit §§

¹⁰ Mit 40 % ihrer Arbeitskraft bei Vorrang der Tätigkeit im 2. Senat

¹¹ Abgeordnet an das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg

427, 421 BGB, §§ 124, 128 HGB, § 25 HGB, § 419 BGB sowie Haftung nach § 42d EStG und damit verbundene Verfahren betreffend Nachforderungsbescheide über Lohnsteuer sowie alle Verfahren aus dem Dezernat des Richters am Finanzgericht Tiedge, die zum Zeitpunkt 12.03.2024 (Tag der ersten Befassung des Präsidiums mit dem geplanten Senatswechsel) bereits dem Einzelrichter übertragen waren.

Die Zuweisung zu 1. gilt für die bis zum 31.12.2023 eingegangenen Verfahren mit Ausnahme derjenigen Verfahren, die vor dem 27.11.2023 (Beschlussfassung durch das Präsidium) in dem abgebenden 3. Senat oder in einem anderen Senat, in dem die Verfahren zuvor anhängig waren, zu einer mündlichen Verhandlung oder einem sonstigen Termin (auch Erörterungstermin oder Termin zur Augenscheinseinnahme) geladen waren oder sind.

Die Zuweisung zu Nr. 3 gilt bei vor dem 01.01.2021 eingegangenen Verfahren einschließlich der ruhenden und ausgesetzten Verfahren und im Übrigen nur dann, soweit zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des Präsidiums am 15.12.2020 nicht bereits mündliche Verhandlungen oder Erörterungstermine anstanden oder bereits durchgeführt waren. In diesem Fall verbleibt es für die betreffenden Verfahren bei der Zuständigkeit des ursprünglich zuständigen Senats laut Geschäftsverteilungsplan zum 01.10.2020.

Die Zuweisung gilt ferner nur dann, soweit nicht die Sonderzuweisungen an den an den 1. Senat (dort unter Nr. 4) oder den 4. Senat (dort unter Nr. 7) eingreift.

17. Senat

Vorsitzender:	Vorsitzende Richterin am Finanzgericht	Lebelt
Vertreter:	Richter am Finanzgericht	Prof. Dr. Lammers
Weitere Mitglieder:	Richterin am Finanzgericht	Dr. Lachmann, LL.M. ¹²

Arbeitsgebiete:

1. Verfahren betreffend Körperschaftsteuer gegen die Finanzämter

Angermünde (Eingänge ab 01.01.2024)
Berlin International (Eingänge ab 01.12.2023)
Brandenburg (Eingänge ab 01.01.2024)
Eberswalde (Eingänge ab 01.01.2024)
Frankfurt (Oder) (Eingänge ab 01.01.2024)
Königs Wusterhausen (Eingänge ab 01.01.2024)
Körperschaften IV (Eingänge bis 31.12.2022)
Lichtenberg (Eingänge ab 01.01.2024)
Luckenwalde (Eingänge ab 01.01.2023)
Mitte/Tiergarten (Eingänge ab 01.01.2023)
Nauen (Eingänge ab 01.01.2024)
Neukölln (Eingänge ab 01.01.2023)
Pankow/Weißensee (Eingänge ab 01.01.2023)
Potsdam (Eingänge ab 01.01.2023)
Reinickendorf (Eingänge ab 01.01.2023)
Schöneberg (Eingänge ab 01.01.2023)
Spandau (Eingänge ab 01.01.2023)
Steglitz (Eingänge ab 01.01.2023)
Strausberg (Eingänge ab 01.01.2013)
Tempelhof (Eingänge ab 01.01.2023)
Zehlendorf (Eingänge ab 01.01.2023)
2. Verfahren betreffend die gesonderte Feststellung nach § 151 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 BewG
3. Verfahren betreffend Vergnügungsteuer (Eingänge ab 01.01.2018)
4. Verfahren, die die Besteuerung der nach § 1a KStG optierenden Gesellschaften unter sinngemäßer Anwendung der Regelung unter II. Nr. 6 Buchst b des Geschäftsverteilungsplans sowie die Rückoption und den gesetzlichen Optionswegfall betreffen
5. Verfahren betreffend Kindergeld:

gemäß der Bestimmung unter Ic.
6. Klagen und Anträge gegen die Finanzämter, soweit nicht besonders zugewiesen

Angermünde (Eingänge ab 01.01.2020)
Brandenburg (Eingänge vom 01.01.2014 bis 31.12.2017 sowie ab 01.01.2021)
Königs Wusterhausen (Eingänge ab 01.01.2023)
Körperschaften IV (Eingänge bis 31.12.2020)

¹² Mit 70 % ihrer Arbeitskraft bei Vorrang der Tätigkeit im 17. Senat

Lichtenberg (Eingänge ab 01.01.2021)
Nauen (Eingänge ab 01.01.2025)

Die Zuweisungen zu 1. betreffend die Finanzämter Luckenwalde (Eingänge ab 01.01.2023), Mitte/Tiergarten, Neukölln, Pankow/Weißensee, Potsdam (Eingänge ab 01.01.2023), Reinickendorf, Schöneberg, Spandau, Steglitz, Strausberg (Eingänge ab 01.01.2013), Tempelhof und Zehlendorf sowie zu 2., 3. und 6. bis 8. gelten für die bis zum 31.12.2022 eingegangenen Verfahren mit Ausnahme der bis zum 28.11.2022 in den zuvor zuständigen Senaten bereits zu einer mündlichen Verhandlung oder einem sonstigen Termin (z.B. Erörterungstermin oder Termin zur Augenscheinseinnahme) geladenen Verfahren, aber einschließlich der bis zu dem genannten Tag aus dem Dezernat des Richters Prof. Dr. Lammers geladenen Einzelrichtersachen.

Die Zuweisung zu 1. gilt für die bis zum 31.12.2020 gegen das Finanzamt für Körperschaften IV eingegangenen Verfahren mit Ausnahme derjenigen Verfahren, die vor dem 27.11.2023 (Beschlussfassung durch das Präsidium) in dem abgebenden 6. Senat oder in einem anderen Senat, in dem die Verfahren zuvor anhängig waren, zu einer mündlichen Verhandlung oder einem sonstigen Termin (auch Erörterungstermin oder Termin zur Augenscheinseinnahme) geladen waren oder sind.

Ib Güterichter

Zum Güterichter im Sinne des § 155 FGO in Verbindung mit § 278 Abs. 5 ZPO werden bestimmt:

Vorsitzende Richterin am Finanzgericht Stellmacher und
Richter am Finanzgericht Prof. Dr. Lammers

Die Zuteilung der Verfahren bleibt einer Regelung der Güterichter überlassen.

Ic. Kindergeld

1. Neu eingehende Kindergeldverfahren werden fortlaufend in der Reihenfolge der für diese Verfahren erteilten Registriernummern auf die Senate 1 bis 11 und 13 bis 17 verteilt. Dabei werden diesen Senaten durchgehend je zehn Sachen in Reihenfolge zugeteilt. Die Reihenfolge richtet sich nach dem Eingang bei Gericht. Zu Beginn eines jeden Kalenderjahres beginnt die Verteilung in der Weise neu, dass die ersten zehn Sachen dem Senat zugeteilt werden, der im Verhältnis zu dem Senat, der vor Ablauf des vorangegangenen Kalenderjahres die letzten Sachen zugewiesen erhalten hat, die nächst höhere Ordnungsnummer aufweist.
2. Bei gleichzeitigem Eingang entscheidet die alphabetische Reihenfolge entsprechend dem Anfangsbuchstaben des Nachnamens des Anspruchsberechtigten oder der Gebietsbezeichnung der als Klägerin oder Antragstellerin auftretenden juristischen Person des öffentlichen Rechts. Bei mehreren Anspruchsberechtigten mit unterschiedlichen Namen ist der Nachname maßgebend, dessen Anfangsbuchstabe im Alphabet vorangeht.
3. Ist oder war in Kindergeldsachen bei einem Senat ein Nebenverfahren (z.B. einstweiliger Rechtsschutz, Prozesskostenhilfe) anhängig, so ist dieser Senat auch für das Hauptverfahren zuständig. Für später als die Hauptsache anhängig werdende Nebenverfahren gilt II. Nr. 7. Bei weiteren Verfahren wegen Kindergeld für dasselbe Kind oder

desselben Rechtssuchenden für ein weiteres Kind ist der Senat zuständig, bei dem das erste den Sachzusammenhang begründende Verfahren anhängig ist. Der 12. Senat ist davon ausgenommen

4. Die Verteilung nach Nr. 1 gilt auch in den Fällen der Nr. 3. Der nach der Verteilungsreihenfolge der Nr. 1 zunächst für die neu eingehenden Kindergeldverfahren zuständige Senat gibt die Verfahren unter Anrechnung auf das an ihn zu verteilende Kontingent an den nach Nr. 3 zuständigen Senat ab. Das gilt nicht für Anhörungsrügen; für diese ist unmittelbar der Senat zuständig, in dem das Verfahren anhängig ist oder war, in dem eine mangelnde Anhörung gerügt worden ist.

II. Zuordnungsgrundsätze

1. Die Regelungen dieses Geschäftsverteilungsplans gelten für alle bereits anhängigen und künftig eingehenden Verfahren. Für ruhende, ausgesetzte, weggelegte und wiederaufgenommene Verfahren bleiben die Zuständigkeitsregelungen der früheren Geschäftsverteilungspläne unberührt. Die letztgenannte Regelung gilt für bis zum 30.09.2015 im 12. Senat eingegangene Verfahren in der Weise, dass insoweit der 11. Senat zuständig ist, und für bis zum 31.12.2015 im 15. Senat eingegangene Verfahren in der Weise, dass insoweit der 12. Senat zuständig ist.
2. Die Zuständigkeit eines Senats für einen bestimmten Finanzamtsbezirk („Bezirkssenat“) bezieht sich auf alle Streitsachen aus dem Bezirk dieses Finanzamts, die nicht einem besonderen Senat („Spezialsenat“) zugewiesen sind.
3. Soweit ein Senat als Spezialsenat zuständig ist, umfasst seine Zuständigkeit auch den Bereich des allgemeinen Abgabenrechts, sofern die jeweilige Spezialmaterie betroffen ist. In diesem Fall erstreckt sich die Zuständigkeit insbesondere auch auf steuerliche Nebenleistungen im Sinne des § 3 AO, die Stundung, den Erlass, Abrechnungsbescheide und die Vollstreckung.

Wird ein Streitpunkt, für den ein Spezialsenat zuständig ist, erst im Verlaufe des Verfahrens streitig, wird der Spezialsenat zuständig.

Die Zuständigkeit für Ertragsteuern umfasst die Zuständigkeit für Zuschlagsteuern im Sinne von § 51 a Abs. 1 EStG.

4. Das Arbeitsgebiet Umsatzsteuer umfasst neben Klagen und Anträgen wegen Festsetzung oder Feststellung von Umsatzsteuer und den in Nr. 3 genannten Abgabenangelegenheiten auch die Haftung, soweit diese auf §§ 13c oder 25d UStG beruht.
5. Die Einfuhrumsatzsteuer fällt in die Zuständigkeit des für Zollrecht zuständigen Senats.
6. Das Arbeitsgebiet Körperschaftsteuer umfasst neben Klagen und Anträgen wegen Festsetzung oder Feststellung von Körperschaftsteuer und den in Nr. 3 genannten Abgabenangelegenheiten auch
 - a) Haftung, soweit diese auf § 10b Abs. 4 oder § 44 Abs. 5 EStG beruht,
 - b) Einkommensteuer einschließlich gesonderter und einheitlicher Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Gewerbesteuermessbeträgen und Bescheiden über die Feststellung vortragsfähiger Gewerbeverluste, wenn in diesen Sachen Streitigkeiten aufgrund des § 20 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2, gegebenenfalls i.V.m. § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Satz 1 EStG (sofern die streitigen Einkünfte auf einer verdeckten Gewinnausschüttung beruhen) und aufgrund des § 20 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 sowie Nr. 2

EStG einschließlich der im Zusammenhang mit diesen Rechtsgebieten stehenden Sachen enthalten sind,

- c) Steuerabzug (ohne Lohn-, Umsatz- und Bauabzugsteuer) sowie
 - d) Einheitswertsachen (außer Grundvermögen) einschließlich des gemeinen Werts von Anteilen an Kapitalgesellschaften,
 - e) Verfahren im Sinne von § 60a AO.
7. Später als die Hauptsache anhängig werdende Nebenverfahren (z.B. einstweiliger Rechtsschutz, Prozesskostenhilfe, Anhörungsrüge) werden von dem Senat bearbeitet, bei dem die Hauptsache anhängig ist oder war.
8. Die Zuständigkeit für Nebenentscheidungen, insbesondere Kosten- und Streitwertfestsetzungen (einschließlich der sonstigen damit zusammenhängenden Entscheidungen, auch die Verfügungen nach § 152 Abs. 1 FGO und damit zusammenhängende Vollstreckungsgegenklagen), und für Abhilfen bei Beschwerden richtet sich nach der Zuständigkeit der Hauptsache. Ist diese bereits abgeschlossen, ist der Senat für die Nebenentscheidung zuständig, der in der Hauptsache zuletzt zuständig gewesen war.
9. a) Im Falle der Häufung von Klagen oder Anträgen (§ 43 FGO), für die mehrere Senate zuständig wären, ist der Bezirkssenat für das betreffende Finanzamt zuständig, sofern nicht auch Körperschaftsteuer streitig ist. Die Zuständigkeit des Bezirkssenats erfasst auch weitere Verfahren hinsichtlich Einkommensteuer, Feststellung von Einkünften, Gewerbe- oder Umsatzsteuer, die dieselben Beteiligten betreffen und am selben Tag anhängig gemacht werden.
- b) Ist hingegen im Fall der Klagehäufung auch die Körperschaftsteuer streitig, ist der Körperschaftsteuersenat zuständig; die Zuständigkeit erstreckt sich dann auch auf die Gewerbesteuer und/oder Umsatzsteuer. Dies gilt auch für Verfahren zwischen denselben Beteiligten, die am selben Tag anhängig gemacht wurden. Soweit die Verfahren umsatzsteuerrechtliche Spezialfragen aufwerfen, ist nach Nr. 9 c) zu verfahren.
- c) Soweit Verfahren bei einem Bezirkssenat eine Spezialmaterie (also keine Schätzungsfälle, sofern nicht materiell-rechtliche Fragestellungen aus dem Arbeitsgebiet des Spezialsenats umstritten sind) aus dem Arbeitsgebiet eines Spezialsenats betreffen, werden diese Verfahren – gegebenenfalls nach Abtrennung – im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Spezialsenats an den Spezialsenat abgegeben.
- d) Bei nicht teilbaren Streitgegenständen, bei denen Besteuerungsgrundlagen aus der Zuständigkeit verschiedener Spezialsenate enthalten sind, ist für diese Klagen und Anträge der Senat zuständig, dessen Spezialsache den höchsten Streitwert hat.
- e) Für Rechtsstreitigkeiten, in denen Haupt- und Hilfsanträge aus der Zuständigkeit verschiedener Senate gestellt werden, ist der für den Hauptantrag zuständige Senat insgesamt zuständig.
10. Die Zuständigkeit eines Senats wird durch eine nach Rechtshängigkeit eintretende Veränderung der sie begründenden Umstände (zB. eine Veränderung auf Seiten des Beklagten) nicht berührt.
11. Zu einer senatsübergreifenden Verbindung kommt es nur in den Fällen des § 73 Abs. 2 FGO und bei mehrfacher Rechtshängigkeit von Klagen, sofern die Klageverfahren in verschiedenen Senaten geführt werden. Für die Verbindung und für die verbundene Klage ist der Senat zuständig, der die Sache mit dem jeweils älteren Eingangsdatum

führt, bei an demselben Tag eingegangenen Verfahren der Senat mit der höheren Ordnungsnummer. Die durch die Verbindung begründete Zuständigkeit bleibt auch bei einer späteren Trennung erhalten.

12. Wird eine Sache vom Bundesfinanzhof an das Finanzgericht zurückverwiesen, so richtet sich der Eingang nach den zum Zeitpunkt des Eingangs der zurückverweisenden BFH-Entscheidung geltenden Grundsätzen für Neuzugänge. Das gilt nicht für Kindergeldverfahren; zuständig bleibt der Senat des Gerichts, der die vom Bundesfinanzhof aufgehobene Entscheidung erlassen hatte; ist dieser nicht mehr existent oder nicht mehr für neu eingehende Kindergeldverfahren zuständig, so ist der Senat mit der nächsthöheren Ordnungsnummer zuständig.

Verweist der BFH die Sache ausdrücklich an einen anderen als den ursprünglichen Senat zurück, wird der Senat mit der höheren Ordnungsnummer als der ursprüngliche Senat zuständig. Dies gilt aber nicht, wenn der ursprüngliche Senat nach den zum Zeitpunkt der Zurückverweisung geltenden Grundsätzen für die Sache ohnehin nicht mehr zuständig wäre; in diesem Fall richtet sich der Eingang nach den zum Zeitpunkt der Zurückverweisung geltenden Grundsätzen für Neuzugänge.

13. Ist bei einem Eingang unklar, welcher Senat zuständig ist, so hat der 5. Senat die Sache bis zur Klärung der Zuständigkeit zu bearbeiten. Stellt sich später heraus, dass der Eingang ein Kindergeldverfahren betrifft, so ist dafür der Senat zuständig, der am Ende des Tages des Eingangs des Verfahrens für Kindergeldverfahren zuständig war; eine Anrechnung auf das Kontingent von zehn Verfahren im Sinne von I c. Rn. 1 findet nicht statt.
14. Bei Zweifeln über die Zuständigkeit der Senate entscheidet das Präsidium.
15. Soweit es nach diesem Geschäftsverteilungsplan auf die Ordnungsnummer ankommt, gilt der 1. Senat gegenüber dem Senat mit der höchsten Ordnungsnummer als der Senat mit der höheren Ordnungsnummer und der Senat mit der höchsten Ordnungsnummer gegenüber dem 1. Senat als der Senat mit der niedrigeren Ordnungsnummer.

III. Vertretung:

1. Kann ein Vorsitzender nicht gemäß § 21f Abs. 2 GVG durch einen Richter seines Senats vertreten werden, so wird er durch den Vorsitzenden des Senats mit der nächst höheren Ordnungsnummer vertreten. Falls ein Vertreter auch hiernach nicht herangezogen werden kann, übernimmt der Vorsitzende des Senats wiederum mit der nächst höheren Ordnungsnummer die Vertretung.
2. Die Regelung zu 1. gilt für die Vertretung eines Beisitzers entsprechend mit der Maßgabe, dass zunächst derjenige Richter des anderen Senats vertritt, der nicht gemäß § 21f Abs. 2 Satz 1 GVG zum Vertreter des Vorsitzenden bestimmt ist („Weiterer Richter“), danach der zum Vertreter des Vorsitzenden bestimmte Richter. Bei mehreren „Weiteren Mitgliedern“ vertritt zunächst der Lebensjüngere.
3. Ist ein Richter nach § 51 Abs. 1 FGO i.V.m. §§ 48,45 Abs. 1 ZPO von der Mitwirkung an der Entscheidung über ein Ablehnungsgesuch ausgeschlossen, gilt die Regelung der Ziff. III. 1. bis 2. mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Senats mit der nächst höheren Ordnungsnummer der Senat mit der nächst niedrigeren Ordnungsnummer tritt.
4. Richter, die mehreren Senaten angehören, werden nicht zur Vertretung in einem anderen Senat herangezogen

IV. Ehrenamtliche Richter:

Die ehrenamtlichen Richter sind für die Senate nach der Reihenfolge heranzuziehen, die sich aus der diesem Geschäftsverteilungsplan beigefügten Liste ergibt. Für die Reihenfolge der Ladungen der ehrenamtlichen Richter ist das Datum der Verfügung des Vorsitzenden maßgeblich. Ist ein ehrenamtlicher Richter verhindert, so ist aufgrund seiner schriftlichen Absage der nächste in der Liste heranstehende Richter zu laden. Geht die Absage fernmündlich oder schriftlich erst nach 12.00 Uhr des Tages vor der Sitzung bei Gericht ein oder ist der ehrenamtliche Richter dreißig Minuten nach dem Zeitpunkt, auf den die ehrenamtlichen Richter geladen sind, noch nicht erschienen, so sind die ehrenamtlichen Richter der beigefügten Hilfsliste in der dort aufgeführten Reihenfolge zu laden. Der in der Liste ausgefallene Richter wird erst wieder geladen, wenn er erneut an der Reihe ist.